

CANADA

ISSN 1182-3100

Newspaper serving the German Speaking Communities
Journal de la communauté germanophone

If undelivered, please return to:
Si non réclamé, prière de retourner à

Das Echo, PO Box 27
Pointe-Claire, QC, H9R 4N5
Printed in Ontario



Die Zeitung für Deutschsprachige in Kanada und USA



Nummer 32/282/ 27. Jahrg.

THE LARGEST NATIONWIDE GERMAN LANGUAGE NEWSPAPER IN CANADA

Dezember 2005 / \$3.50

Diesen Monat im Echo:



Jahresball der Österreichischen Gesellschaft mit Einführung der Debütantinnen. Seite 20

Ausgezeichnet



Vancouver Echo-Mitarbeiterin Eva Ziltener gewann einen Journalisten-Preis, mehr dazu und ihr Artikel auf Seite 10

Zitat des Monats

Ein Volk, das seine Geschichte nicht kennt, wird erleben, dass ihm eine schlechte Geschichte gemacht wird.

Leopold von Ranke

Auf einen Blick

Impressum	2
Politik	3-6
Wirtschaft	7-9
Lokales	10-21
Bücherecke/Lieder	27
Rätsel/Küche	28
Heiteres	29
Forum	30
Gesundheit	32
Kleinanzeigen	35
Junges Echo	36-38
Sport	39



Ab 1. Januar 2006 wird Österreichs Kanzler Wolfgang Schüssel (l.) die EU-Ratspräsidentschaft von Tony Blair übernehmen. Foto: AP

Angela Merkel vereidigt

Als Deutschlands erste Bundeskanzlerin hat Angela Merkel im Bundestag den Amtseid abgelegt. Zuvor wurde die CDU-Chefin in geheimer Wahl bereits im ersten Durchgang gewählt

Berlin - Deutschland wird zum ersten Mal in seiner Geschichte von einer Bundeskanzlerin regiert. Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel wurde am 22. November vom Bundestag mit 397 von 612 abgegebenen Stimmen zur Regierungschefin gewählt. Mindestens 51 Abgeordnete der großen Koalition stimmten allerdings gegen die 51 Jahre alte Ostdeutsche. Merkel legte danach in Parlament ihren Amtseid mit dem religiösen Zusatz „So wahr mir Gott helfe“ ab. In der geheimen Wahl



Nach der Wahl nimmt eine glücklich lächelnde Merkel Blumensträuße entgegen.

EU Partner: Scharfe Kritik an Großbritannien

Brüssel - (Reuters). Im Milliardenstreit über die künftige Finanzierung der Europäischen Union (EU) gerät Großbritannien immer stärker unter Druck seiner EU-Partner. Bei einer Sitzung der EU-Außenminister warnten andere Regierungen am 21. November in Brüssel, Großbritannien müsse die Verantwortung für ein erneutes Scheitern tragen, falls es beim EU-Gipfel in dreieinhalb Wochen keine Einigung über die Finanzplanung 2007 bis 2013 gibt. Im Mittelpunkt des Streits steht vor allem der britische Rabatt auf den EU-Beitrag von mehr als fünf Milliarden Euro im vergangenen Jahr. Großbritannien verlangte erneut Zugeständnisse der anderen Länder. Frankreichs Außenminister Philippe Douste-Blazy sagte, die britische EU-Ratspräsidentschaft müsse sich entscheiden: „Entweder sie präsentiert uns in den kommenden Tagen ausgewogene Vorschläge mit einer gerechten Verteilung der Kosten der EU-Erweiterung, oder sie verurteilt uns alle zum

Scheitern. Damit müsste sie eine große Verantwortung übernehmen“, sagte er. Ungewöhnlich scharf kritisierten zahlreiche Minister Großbritannien dafür, dass es bislang keine konkreten Vorschläge präsentiert hat. Douste-Blazy berichtete von Besorgnis bei den EU-Staaten, dass Großbritannien einen an fünf Staaten gescheiterten Kompromissvorschlag aus dem Juni nicht zur Grundlage der Verhandlungen machen wolle. „Wir sitzen hier und vergeuden unsere Zeit“, sagte der belgische Außenminister Karel de Gucht Diplomaten zufolge. Der polnische Europaminister Jaroslaw Pietras sagte, es habe keine Bewegung gegeben, weil auch keine neuen Vorschläge auf dem Tisch lagen. Insgesamt wachse die Skepsis, dass es im Dezember überhaupt eine Einigung geben werde, sagte ein Diplomat. Die Europäische Kommission rief zu einer schnellen Einigung auf. Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso nahm ausnahmsweise an der Sitzung teil, um die britische EU-

Ratspräsidentschaft und die anderen Regierungen zu einer schnellen Einigung zu drängen. „Die Zeit rennt uns davon“, sagte er. Österreichs Außenministerin Ursula Plassnik sagte, es müsse möglichst bald eine Einigung geben. „Die Probleme werden nicht kleiner.“ Wenn auf dem Gipfel am 15. und 16. Dezember eine Einigung erneut scheitert, müsste Österreich während seiner EU-Präsidentschaft in der ersten Hälfte 2007 einen erneuten Anlauf nehmen. Großbritannien bekräftigte seine Position. Außenminister Jack Straw sagte, auch andere Staaten müssten nachgeben. „Bei Verhandlungen müssen sich alle Seiten bewegen, nicht eine, in diesem Fall die britische Ratspräsidentschaft.“ Er hat umfassende Vorschläge für eine Sondersitzung der EU-Außenminister am 7. Dezember angekündigt. Der britische Europaminister Douglas Alexander verwies darauf, dass eine Finanzvereinbarung auch für das britische Parlament akzeptabel sein müsse.

im Parlament votierten 202 Abgeordnete gegen Merkel, zwölf enthielten sich, eine Stimme war ungültig. Merkel kam aber immerhin auf 64,9 Prozent und damit fast zwei Drittel der abgegebenen Stimmen. Einen größeren Rückhalt im Bundestag hatte nur der Kanzler der ersten großen Koalition, Kurt Georg Kiesinger. Er wurde 1966 mit 71,9 Prozent der Stimmen zum Kanzler gewählt.

Als erster gratulierte Amtsvorgänger Gerhard Schröder der neuen Regierungschefin.

